

Kontroverse Konjunktur

A) Konjunkturprogramme: Pro und Kontra

- Sortieren Sie die unten stehenden Argumente in zwei Gruppen: **Pro:** Für zusätzliche Staatsausgaben und für eine aktive Konjunkturpolitik; **Kontra:** Gegen zusätzliche Staatsausgaben und gegen eine aktive Konjunkturpolitik.
- Organisieren Sie anschliessend ein Rollenspiel zur Frage: "Was kann der Staat zur Belebung der Konjunktur tun?", indem sie je eine Pro- und eine Kontra-Gruppe bilden.

Argument	Pro	Kontra
Zusätzliche Staatsausgaben vergrössern den Staatssektor (erhöhen die Staatsquote) zu Lasten des privaten Sektors; wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat.		
Wenn der Staat ein Konjunkturprogramm beschliesst, also „etwas tut“, hebt das die Stimmung in der Wirtschaft; das Konsumklima verbessert sich; das nützt der Konjunktur.		
Der Staat hat eine Fürsorgepflicht für die sozial Schwachen; er muss sich um soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft kümmern.		
Konjunkturprogramme bringen nur Unruhe in die Wirtschaft; nötig ist eine „Politik der ruhigen Hand“.		
Das Problem liegt nicht bei der mangelnden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, sondern bei der Verunsicherung der Konsumenten und Investoren; die brauchen eine verlässliche Politik, keine konjunkturpolitischen Strohfeuer.		
Zusätzliche Staatsausgaben können einen Selbstverstärkungsprozess in Gang setzen; dann erhöhen auch die Unternehmen ihre Investitionen, und das stärkt die Konjunktur weiter.		
Staatliche Programme blockieren die Eigeninitiative: Die Wirtschaftssubjekte warten auf staatliche Massnahmen, statt selbst zu handeln und etwas zu „unternehmen“, um so den technischen und strukturellen Wandel voranzutreiben. Sie warten auf den Staat.		
Zusätzliche Staatsausgaben müssen finanziert werden; eine Finanzierung über Steuern belastet die privaten Haushalte und die Unternehmen; eine Finanzierung über Kredite erhöht die Staatsverschuldung und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte.		
Öffentliche Investitionen sind ohnehin dringend erforderlich (z.B. Schulen, Stadtsanierung); es ist sinnvoll, sie aus konjunkturellen Gründen vorzuziehen und damit einen positiven Konjunkturimpuls zu setzen.		
Wenn die Konjunktur wieder läuft, steigen auch die Steuereinnahmen; damit kann der Staat die Kredite wieder tilgen (jedenfalls grösstenteils).		
Zusätzliche Staatsausgaben erhöhen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; das ist gut für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung.		

B) Kontroverse: Zwei Vorschläge, um die Konjunktur wieder in Gang zu bringen

Was soll der Staat in der aktuellen Konjunkturlage machen? Darüber gehen die Meinungen natürlich auseinander. Im Folgenden finden Sie zwei unterschiedliche Vorschläge zur Konjunkturpolitik.

1. Lesen Sie diese beiden Zeitungsausschnitte und vergleichen Sie die unterschiedlichen Positionen:
 - a) Welche Ziele verfolgen die beiden Verbände?
 - b) Welche konkreten Vorschläge unterbreiten sie?
 - c) Inwiefern können die Vorschläge zur Verbesserung der Konjunkturlage beitragen?
 - d) Worin bestehen die Nachteile der jeweiligen Vorschläge?
2. Diskutieren Sie die beiden Vorschläge und versuchen Sie, eine eigene Stellungnahme zu formulieren. Welchen Vorschlag unterstützen Sie? Warum?

Die Forderung der Gewerkschaften

DGB*-Vorstandsmitglied Heinz Putzhammer:

„Deutschland leidet unter einer Spaltung der Konjunktur: Während die Exportkonjunktur boomt, liegt die Binnennachfrage am Boden. Eine Belebung der heimischen Investitionstätigkeit und Konsumnachfrage ist nicht erkennbar. Die Binnennachfrage braucht deshalb einen finanzpolitischen Impuls. Nur dadurch kann das Vertrauen der Konsumenten und Investoren gestärkt und ein nachhaltiger Aufschwung in Gang gebracht werden. Der DGB fordert ein kommunales Investitionsprogramm mit den Schwerpunkten Bildung, Verkehrsinfrastruktur und ökologische Modernisierung. Auch die Auflage von Investitionszulagen ist ein richtiges Instrument.“

Pressemitteilung des DGB vom 27.9.2004

* DGB = Deutscher Gewerkschaftsbund

Die Forderung der Wirtschaft

Berlin (Reuters)

Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben Bundesregierung und Opposition aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode die Steuern und Abgaben für Unternehmen deutlich zu senken... Eine moderate und einfache Besteuerung würde als eine Initialzündung verstanden, um Deutschland nach vorne zu bringen und einen Stimmungswchsel zu erreichen. Das Bundesfinanzministerium wies die Forderung der Verbände zurück und verwies auf die zu erwartenden Steuerausfälle, die das Haushaltsdefizit weiter in die Höhe treiben würden ... „Nationale Alleingänge“, so ein Sprecher des Ministeriums, „führen in der Steuerpolitik nicht zum Erfolg.“

Quelle: Reuters.de vom 7.10.2004

